

Die aktuelle internationale Lage und mögliche Entwicklungen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **66 (1993)**

Heft 8

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-519807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die aktuelle internationale Lage und mögliche Entwicklungen

Die weltpolitische Lage befindet sich heute, sie wissen es alle, in schnellem Fluss. Positiven Entwicklungstendenzen stehen neue Risiken, Gefahren und sicherheitspolitische Herausforderungen gegenüber. Es wird viel von einer neuen Weltordnung und einer neuen europäischen Sicherheitsordnung und -architektur gesprochen. Mit diesen Konzepten verbinden sich grosse Hoffnungen. Der blutige Krieg in Jugoslawien, aber auch die jüngsten Ereignisse in Kambodscha oder Somalia, zeigen hingegen, wie weit wir noch von einer solchen stabilen internationalen Ordnung entfernt sind. Die Euphorie von 1989 ist allerorten verfliegen. Was bleibt, ist das Bedürfnis für eine nüchterne Lageanalyse. – Ich werde mich in meinem Referat auf jene Aspekte der internationalen Lage konzentrieren, die für die Schweiz direkt oder indirekt von erheblicher Bedeutung sind.

Veränderte Bedrohungslage

Eine erste, wesentliche Feststellung: Der Kalte Krieg ist vorbei. Warschauer Pakt und Sowjetunion haben sich aufgelöst.

Damit ist gleichzeitig die Gefahr eines europäischen Grosskrieges, der auch unser Land erfassen könnte, verschwunden. Während den letzten 45 Jahren hatte die Armee mit dem Szenario eines überraschenden Grossangriffes des Warschauer Paktes auf Westeuropa als reale Möglichkeit zu rechnen. Ein solcher Angriff wäre von einer kombinierten Luftoperation eingeleitet worden, gefolgt von gepanzerten Vorstössen in die Tiefe des NATO-Raumes.

Wie beklemmend realistisch dieses Szenario war, wird durch die Dokumente belegt, die in der ehemaligen DDR sichergestellt werden konnten. Ich verweise auch auf den Artikel von Brigadier Prof. Stöckli in der ASMZ vor einiger Zeit. Der «worst case» war, das wissen wir heute, noch erheblich schlimmer als unsere gefährlichsten Annahmen. Ich erwähne nur die offensichtliche Bereitschaft des Warschauer Paktes, einen Konflikt sehr schnell auf die nukleare Ebene zu eskalieren.

Die Bedrohung ist heute vorbei. Sie wird auch in absehbarer Zeit in dieser Form nicht mehr wiederkehren. Selbst ein Coup in Moskau, gefolgt von einer Auferstehung einer UdSSR, brächte diese Gefahr nicht rasch zurück. Das



Unser Archibild von Markus Hubacher, Spiez, zeigt Generalstabchef Arthur Liener.

einstige Vorfeld bliebe selbst dann verloren, die inneren Probleme, die zum Zerfall der UdSSR führten, würden nur zu- und nicht abnehmen. Das Land hat sich buchstäblich zu Tode gerüstet und dürfte auf längere Sicht hinaus selbst im ungünstigsten Fall nicht in der Lage sein, strategisch-operative Angriffsoperationen erneut als Option ins Auge zu fassen.

Die Konsequenz für die Schweiz ist, dass wir in mancher Hinsicht vom Beinahe-Frontstaat zum strategischen Hinterland geworden sind. Wir müssen in den nächsten Jahren nicht mit dem Risiko eines europäischen Grosskrieges rechnen. Dies gibt uns die Möglichkeit,

zur Armee '95 überzugehen und dieses umfassende Reformpaket zielstrebig anzupacken und zu verwirklichen.

Die neue Lage ist jedoch leider keineswegs mit dem Ausbruch des ewigen Friedens gleichzusetzen. Die latente direkte militärische Bedrohung des Kalten Krieges hat vielmehr einem ganzen Strauss neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen Platz gemacht, denen wir flexibel und entschlossen begegnen müssen. Wir haben keine Zeit uns auszuruhen.

Ich will fünf dieser neuen Herausforderungen, die mich besonders beschäftigen, herausgreifen – wohl wissend, dass man die Liste durchaus noch erheblich verlängern könnte.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen

Eine erste sicherheitspolitische Herausforderung stellen die neuartigen Probleme dar, welche die Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht aufwerfen.

Hier steht natürlich die Frage des einstigen sowjetischen Nukleararsenals im Vordergrund. Konservativ geschätzt sprechen wir dabei von über 30 000 Kernsprengköpfen. Das Gros dieser Waffen befindet sich heute in Russland. Rund 4000 bis 5000 dieser Waffen sind in Weissrussland, der Ukraine und Kasachstan. Es scheint, dass, zumindest heute, Russland die

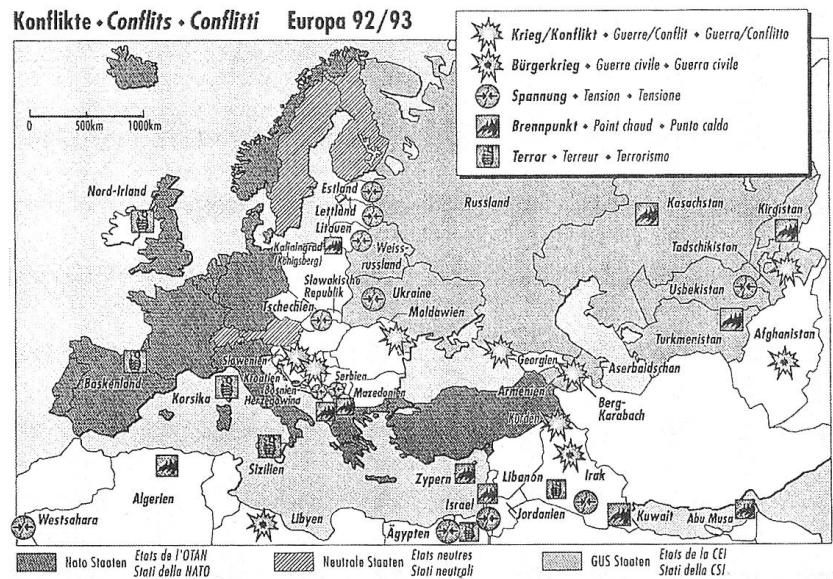
politische, militärische und physische Kontrolle auch über jene Teile des Nukleararsenals besitzt, die in den drei anderen nuklearen Nachfolgestaaten der UdSSR stationiert sind. Sämtliche taktischen Kernwaffen wurden auf russischem Boden konzentriert. START 1 und START 2 sehen eine massive Reduktion der Bestände vor. Unilaterale russische Versprechungen lauten dahin, dass zusätzlich Tausende von taktischen Kernwaffen vernichtet werden sollen. Die Ukraine, Weissrussland und Kasachstan haben wiederholt ihre Absicht bekundet und vertraglich fixiert, auf Kernwaffen überhaupt zu verzichten und als Nichtkernwaffen-Staaten dem Atomsperrvertrag beizutreten.

Leider entspricht die Realität nicht diesem eher ermutigenden ersten Bild. Vielmehr beunruhigen mich nicht weniger als sechs schwere Probleme in diesem Zusammenhang:

1. Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht

Während Kasachstan und Weissrussland es anscheinend ernst meinen mit ihrem Entschluss, auf Kernwaffen zu verzichten, so bestehen bezüglich der Ukraine berechtigte und zunehmende Zweifel. Das ukrainische Parlament schiebt die Ratifikation von START immer wieder hinaus und verknüpft sie mit immer neuen Bedingungen. Die Ukraine ist sichtlich beunruhigt über die innere Entwicklung in Russland und besorgt über die erheblichen Spannungen im Verhältnis zu diesem grossen Nachbarn. Ich schliesse nicht aus, dass die Ukraine am Schluss ihre Zusagen zurücknehmen und offen für einen Kernwaffenstatus optieren wird. Tut sie dies, so werden wir mit einem Problem erster Grössenordnung konfrontiert.

Konflikte • Conflits • Conflitti Europa 92/93



Diese Grafik entstand im «Zeitbild» Nr. 13/1993 von der Stiftung für Demokratie (SFD).

2. Blockierung von START-Verträgen

Solange Kiew nicht den START-Vertrag ratifiziert, bleiben die beiden START-Verträge blockiert, können die ausgehandelten Reduktionen nicht beginnen. Die Konsequenzen für die strategische Gesamtlänge wären erneut gravierend.

3. ...oder jahrelange Verhandlungen umsonst?

Ratifiziert Kiew hingegen und wird START deblockiert, so sind leider immer noch nicht alle Probleme gelöst. Es besteht Grund zur Annahme, dass Russland gar nicht technisch in der Lage ist, das von ihm angehäuften Nukleararsenal in einem vertragskonformen Zeitraum auch wieder abzubauen. Genau das gleiche gilt übrigens auch für die russischen Verpflichtungen bezüglich der Vernichtung sämtlicher chemischer Waffen und nur eine begrenzte diesbezügliche Fähigkeit im nuklearen Bereich. Selbst im konventionellen Bereich können die Russen nicht so schnell reduzieren und vernichten, wie sie

eigentlich müssten. In einem Wort: Es besteht die Gefahr, dass das was da in jahrelangen Verhandlungen mühsam rüstungskontrollpolitisch erreicht wurde, weitgehend Papier bleiben könnte. Ein wesentlicher vertrauens- und sicherheitsbildender Tragpfeiler der neuen internationalen Ordnung könnte so weggerissen werden.

4. 18 000 Eisenbahnwagen mit chemischer Munition

Nicht minder beunruhigend ist, dass zwischenzeitlich der Unterhalt der zur Vernichtung vorgesehenen Waffen verlässlichen Berichten zufolge mehr als zu wünschen übrig lässt. Bei Panzern ist dies nicht weiter schlimm. Die rostet einfach. Die Lage sieht bei Nuklearraketen und chemischen Waffen aber anders aus. Ein stellvertretender russischer Verteidigungsminister hat uns erklärt, es stünden auf Abstellgleisen in Russland nicht weniger als 18 000 Eisenbahnwagen mit chemischer Munition herum, deren Behälter unter den Witterungseinflüssen korrodieren. Korrosion bedroht,

anderen Berichten zufolge, auch zumindest Teile der ehemals sowjetischen Interkontinentalraketen. Solche Silos können, anders ausgedrückt, jederzeit auch hochgehen. Ich erinnere an Tschernobyl und Omsk.

5. Die Gefahr ist noch nicht gebannt

Noch scheint Russland die physische Kontrolle über die taktischen Kernwaffen sicherstellen zu können. Sollte sich der Dauermachtkampf in Moskau aber zuspitzen, so bleibt offen, ob dies auch inskünftig der Fall bleiben wird. Die Gefahr ist noch keineswegs gebannt, dass nicht doch Kernwaffen in die Hände von Drittstaaten oder terroristischen Gruppen fallen könnten.

6. 2000 Leute könnten eine Bombe bauen

Schliesslich geht es nicht nur um die Waffen an sich, sondern ebenso um das waffenfähige Material, um das Wissen, wie man Kernwaffen herstellt, und um die entsprechenden Experten. Wir müssen davon ausgehen, dass sehr grosse Mengen von Plutonium in der mehr als unruhigen ehemaligen UdSSR auf unabsehbare Zeit hinaus bewacht und kontrolliert werden müssen. Die Zahl der Leute, die eine Bombe bauen könnten, wird auf rund 2000 geschätzt. Ich mache mir grosse Sorgen, dass hier über kurz oder lang, in der einen oder anderen Form, ein Abfluss kritischer Komponenten in radikale Staaten der Dritten Welt erfolgen wird.

Die Trümmer der einstigen sowjetischen Militärmacht geben aber auch in anderer Hinsicht zu Unruhe Anlass.

Ich denke etwa an die Garnisonen ausserhalb Russlands, die gar nicht abgezogen werden können, weil

man keine Unterkünfte hat, oder die man abzuziehen zögert, weil man einen Preis dafür bezahlt. Das klassische Beispiel ist die 14. russische Armee in Moldawien, die de facto einen Teil des Landes übernommen hat und auch schon lange nicht mehr Befehle aus Moskau einfach entgegennimmt. Ich denke auch an die 201. Division in Tadschikistan, die einen eigenen Krieg führt, und an die Garnisonen im Baltikum.

Eine sehr ernste Lage

Ein weiteres Problem ist der innere Zerfall der einst stolzen Roten Armee. Es stellen sich wohl nur noch 25 Prozent der Wehrpflichtigen. Die Truppe reduziert sich auf die Offiziere. Von diesen gibt es aber in jeder Einheit viermal mehr als in einer Einheit unserer Armee. Und: Diese Offiziere sind unzufrieden, haben keine Perspektive. Sie haben keine angemessenen Unterkünfte, werden bestenfalls nur sporadisch bezahlt, ja nicht einmal regelmässig mit Lebensmitteln versorgt. Die Garnisonen beginnen überall im einstigen Riesenreich Arrangements mit den Behörden ihrer Garnisonenstandorte einzugeben. Man transferiert Loyalität gegen Essen und Sold. Konkret bedeutet dies, dass jede Zuspitzung der Lage in Moskau das Risiko in sich birgt, dass die Armee in Bürgerkriegsparteien zerfallen könnte. Ich betrachte die Lage als ernst.

Was für Schlussfolgerungen ergeben sich für uns? Es ist offensichtlich, dass ein Staat wie die Schweiz nicht in der Lage ist, diese gewaltigen Probleme wirklich zu beeinflussen.

Wir können in einzelnen Bereichen bestenfalls beschränkte Hilfestellung leisten. So sind wir bereit, einen finanziellen Beitrag in Millionenhöhe zum Aufbau von soge-

nannten «Internationalen wissenschaftlichen Technologiezentren» in Kiew und Moskau zu leisten, deren Zweck es sein soll, Kernphysiker neuen zivilen Aufgaben zuzuführen und damit deren Abwanderung in die Dritte Welt zu verhindern. Diese Projekte sind aber vorderhand blockiert, da die Parlamente Russlands und der Ukraine ihnen noch nicht zugestimmt haben.

Wir werden ferner alles daran setzen – auch wegen dem, was die Welt im Irak erlebt hat –, dass der Atomsperrvertrag 1995, wenn seine Erneuerung ansteht, gestärkt wird.

Wir können, so meine ich, allenfalls noch mehr tun. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass wir russische und andere europäische Offiziere hier in die Schweiz einladen und ihnen zeigen, wie eine Armee demokratisch kontrolliert wird, wie sie mit zivilen Behörden zusammenarbeitet, wie sie mit Minderheiten umgeht und wie sie dem Föderalismus Rechnung trägt. Gerade dieses Wissen jenen zu vermitteln, die in einem unruhigen Land die Gewehre haben, dürfte durchaus erwägenswert sein.

Letztlich hingegen müssen wir auch ganz nüchtern den Schluss ziehen, dass wir mit grenzüberschreitenden Katastrophen und Konflikten im ehemaligen Sowjetreich auf lange Sicht hinaus als reale Möglichkeit zu rechnen haben werden. Dies bedeutet, dass wir im Bereich des Zivilschutzes weiterhin klare Aufgaben haben. Dies bedeutet ferner, dass wir in einem mehr als unruhigen Europa weiterhin nicht auf eine glaubwürdige Armee und Landesverteidigung verzichten können. Dies bedeutet schliesslich auch, dass der neue Auftrag der Armee, mit ihren Mitteln zur Existenzsiche-

rung beizutragen, durchaus berechtigt ist und bleibt.

Aktive Konfliktherde

Die zweite grosse sicherheitspolitische Herausforderung sehe ich, von der Schweiz aus betrachtet, in der Grobrichtung Südost. Hier wird geschossen, hier sind Millionen auf der Flucht, hier droht jederzeit weiterhin die Eskalation zu internationalen Konflikten. Ich meine, in erster Linie, den brutalen Aggressionskrieg im ehemaligen Jugoslawien. Alle Bemühungen, diesen Krieg zu stoppen, haben bisher nicht zum Ziel geführt. Das setzt, dies sei klar gesagt, ein grosses Fragezeichen hinter alle Hoffnungen auf eine stabile und friedliche europäische Sicherheitsordnung. Nicht weniger bedenklich erscheint mir, dass dieser Krieg – mit seinen KZ, seinen ethnischen Säuberungen und mit seinen Massenvergewaltigungen – und die Ohnmacht des demokratischen Europas gegenüber diesem Krieg ein höchst gefährliches Signal aussenden. Wenn Serbien praktisch ungeschoren seine Grenzen mit militärischer Macht neu ziehen kann, so riskieren wir, uns in nicht allzu ferner Zukunft weiteren «Jugoslawien» gegenüberzu sehen.

Denn was da auf dem Balkan geschieht, ist möglicherweise mehr als bloss ein blutiger Krieg. Es könnte durchaus der erste Schritt in einem eigentlichen Erbfolgekrieg sein. Es geht hier um die Neugliederung und Aufteilung der Konkursmasse sowohl des ottomanischen wie des sowjetischen Reiches. Die Grenzen sind keineswegs nur im ehemaligen Jugoslawien umstritten.

Ich denke etwa an die Lage im von mir bereits erwähnten Moldawien. Ich denke an die Leopardenfell-Karte der ethnischen Minder-

heiten auf dem ganzen Balkan und in ganz Südosteuropa. Ich denke auch an den bereits von Kriegen heimgesuchten Kaukasus und darüber hinaus an den chronisch instabilen Nahen und Mittleren Osten. Der Zusammenbruch der UdSSR hat hier überall Kräfte freigesetzt, die zu kontrollieren ebenso schwierig wie dringlich ist.

Was bedeutet dies für unsere Sicherheitspolitik? Erneut müssen wir feststellen, dass wir als neutraler Kleinstaat diese Probleme natürlich nicht lösen können, von ihren indirekten Auswirkungen aber massive betroffen sind. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur, dass wir schätzen, dass rund 400 000 Bürger des ehemaligen Jugoslawien sich gegenwärtig in unserem Land aufhalten. 250 000 von ihnen kamen als Gastarbeiter und Gäste zu uns. 70 000 kamen – in der einen oder anderen Form – als Flüchtlinge wegen des Krieges zu uns. Weitere 80 000 dürfen, so schätzt man, illegal in unser Land eingereist sein. Kein anderes europäisches Land steht auch nur annähernd vor einem ähnlichen Problem. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, wie schnell unsere Polizei überfordert wäre, wenn sich bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen auf unserem Territorium zu entwickeln begännen. Die Armee bleibt auch in diesem Szenario ein letztes und unentbehrliches Instrument.

Sollte es zu weiteren «Jugoslawien» kommen, so würde sich die Problemlage multiplizieren.

In einem Europa, in dem Kriege nicht nur weiterhin möglich, sondern eine Realität sind, können wir nicht auf eine starke glaubwürdige und moderne Landesverteidigung und Armee verzichten. Dies ist für mich vollkommen klar. Ich stelle

mit grosser Genugtuung fest, dass dies auch unserer Bevölkerung völlig klar ist, die am 6. Juni 1993 der «Gruppe Schweiz ohne Armee» eine deutliche Abfuhr erteilt hat. Der Souverän hat sich zugunsten einer ausgewogenen Landesverteidigung und zugunsten einer modernen Ausbildung entschieden. Das schafft für uns eine solide Grundlage zur Verwirklichung der Armee '95, die uns eine moderne und zeitgemässe Landesverteidigung bringen wird. Ich bin persönlich auch überzeugt, dass das klare Verdikt des Volkes die sicherheitspolitische Debatte wesentlich geklärt und auf eine sehr solide Grundlage gestellt hat.

Wir können in diesem Bereich aber nicht unsere defensive Verteidigungsfähigkeit erhalten, sondern müssen aktiv etwas zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbeilegung beitragen. Diese dynamische Komponente unserer Sicherheitspolitik ist heute zu unserer ersten Verteidigungslinie geworden. Wir bauen diesen Bereich rasch und gezielt aus.

Ich meine hier natürlich vor allem den von Bundesrat und Parlament beschlossenen Aufbau eines Blauhelm-Bataillons, das uns – so hoffe ich – ab 1995 zur Verfügung stehen wird. Diese Truppe wird sich aus Freiwilligen zusammensetzen und kann, wenn der Bundesrat dies beschliesst, der UNO oder der KSZE für Peace-Keeping-Einsätze zur Verfügung gestellt werden. Wir gehen mit den Blauhelmen einen wesentlichen Schritt weiter auf einem Weg, den wir schon vor längerer Zeit begonnen haben. Wir unterstützten die Peace-Keeping-Operationen der UNO schon seit langem finanziell, materiell und personell. Ich erwähne hier etwa unsere Militärbeobachter im Nahen Osten und im ehemaligen Jugoslawien, die Flugzeuge, die wir der UNO seit lan-

gem immer wieder zur Verfügung stellten, und – vor allem – unsere Sanitätseinheiten, die wir in Namibia im Einsatz hatten und heute in der Westsahara im Einsatz haben.

Ich habe die Einheit in der Sahara dieser Tage besucht und muss Ihnen gestehen, dass ich tief beeindruckt war. Unsere Leute leisten dort Hervorragendes in

einem mehr als schwierigen Umfeld. Unsere Einheit war – und ist – zudem der einzige Verband, der dank einer ausgezeichneten Planung wirklich völlig selbstversorgend ist. Wir sind dort die Einzigen, die von niemandem abhängig sind. Wir versorgen, im Gegenteil, viele der Einheiten aus anderen Ländern. Unser Engagement wird hoch geschätzt.

Mit den Blauhelmen werden wir einen wesentlichen Schritt weiter gehen. Die Lage und unser ureigenes sicherheitspolitisches Interesse gebieten dies. Die Armee wird zudem von der Erfahrung dieser Leute mannigfaltig profitieren.

Ich will aber eines mit aller Deutlichkeit hinzufügen: Wir sind bereit, beim Peace-Keeping mitzumachen, aber nicht beim Peace-Enforcement. Wohin Operationen abdriften können, das zeigen die jüngsten Ereignisse in Somalia. Man kann nicht mit Wehrpflichtigen Peace-Enforcement betreiben. Eine Milizarmee ist hierzu nicht fähig. Niemand erwartet zudem, dass wir dies tun. In Jugoslawien waren weder die Amerikaner, noch die Europäer bereit, den Frieden mit militärischer Macht durchzusetzen. Wir sind bereit, an internationalen Aktionen zur Sicherung des Friedens teilzunehmen. Wir müssen aber darauf beharren, dass alle Konfliktparteien einer solchen Aktion auch zustimmen und sie wünschen – ansonsten gerieten wir sehr schnell in einen wahren Sumpf.

Neben den Militärischen Komponenten, die wir der internationalen Friedenssicherung zur Verfügung stellen, seien aber auch die anderen Komponenten nicht zu vergessen. Ich erwähne die Hilfe des Katastrophenhilfekorps im ehemaligen Jugoslawien, unserer Zöllner in Moldawien und im Kaukasus, unsere Beteiligung an Wahlbeobachtungen, nicht zuletzt unsere

Europäische Sicherheitsarchitektur und die Schweiz

Ich wollte Ihnen nicht ein pessimistisches, sondern ein realistisches Bild der Lage zeichnen. Wir alle hoffen auf eine stabile und friedliche europäische Sicherheitsordnung.

Dieses neue Europa formt sich aber innerhalb eines eigentlichen Krisenbogens, der von der ehemaligen UdSSR über den Balkan und den Nahen und Mittleren Osten bis zum Maghreb reicht. Europa formt sich ferner nicht nur innerhalb dieses Krisenbogens, sondern in der Auseinandersetzung mit den Problemen, die der Krisenbogen aufwirft.

Wie die Architektur schliesslich aussehen wird, die diese neue Sicherheitsordnung trägt, ist noch weitgehend offen. Identifizierbar sind die wesentlichen Stützpfeiler: KSZE, NATO, WEU, EG, Europarat, G-7, OECD, UNO. Es wird gehofft, dass sich diese Elemente zu einem Kooperationssystem zusammenfügen, zu interlocking institutions, die gemeinschaftlich die Probleme der Zeit anpacken können. In den letzten Jahren hatte man allerdings manchmal eher den Eindruck von interblocking institutions. Der Prozess der Herausformung der Stützpfeiler der neuen europäischen Ordnung hat erst begonnen und ist nach wie vor in vollem Fluss. Nichts belegt dies deutlicher als die Probleme und Schwierigkeiten, in welche der Maastrichter-Vertrag im letzten Jahr geriet – von Dänemark über Frankreich bis Grossbritannien.

Der Erkenntnis, dass vermehrte Zusammenarbeit und Integration notwendig sind, steht in der EG auch die Angst gegenüber, von einer anonymen Bürokratie vereinnahmt zu werden. Hier liegen die Wurzeln des dänischen Neins und des britischen Zögerns.

Hier liegen auch die Wurzeln des schweizerischen Neins zum EWR. Der 6. Dezember 1992 war nicht ein Nein des schweizerischen Volkes zu Europa. Er war eine Etappe in einem Denkprozess, den auch Europa noch nicht abgeschlossen hat. Der EG-Gipfel in Edinburg und die «Maastricht light»-Option, die Dänemark erhielt, zeigen dies deutlich, zeugen vom Willen, pragmatisch nach neuen Wegen zu suchen.

Der Bundesrat hat die Zielsetzung des EG-Beitrittes beibehalten, gleichzeitig aber auch darauf verzichtet, die Beitrittsverhandlungen einzuleiten. Dies entspricht der Lage.

Ebenso entspricht der Lage, dass der Bundesrat klar unterstrichen hat, dass er an der bewaffneten Neutralität der Schweiz festhalten will. Er will jedoch den Inhalt dieser Neutralität neu definieren. Ein Bericht zur Neutralitätspolitik dürfte von ihm im Laufe der nächsten Monate veröffentlicht werden. Ich werde über seinen Inhalt nicht spekulieren.

Bereitschaft, wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Friedensbrecher voll mitzutragen.

Politische Instabilität im Osten

Die dritte sicherheitspolitische Herausforderung, vor welcher wir stehen, habe ich bereits zum Teil angesprochen. Ich meine die politische und wirtschaftliche Instabilität im ehemaligen Osten.

Ich habe Ihnen dargelegt, dass mich die Lage der ehemals sowjetischen Streitkräfte beunruhigt. Mich beunruhigt aber, darüber hinaus, die Lage im ehemaligen Osten insgesamt.

In Russland beträgt die Inflationsrate heute weit über 1000 Prozent. Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion sind auf die Hälfte des Standes von 1980 zusammengeschrumpft. Über 90 Prozent der Bevölkerung leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Kriminalität und Mafia breiten sich explosionsartig aus. Die ethnischen Spannungen sind unübersehbar. Nicht weniger als 25 Millionen Russen finden sich plötzlich als nationale Minderheit in neu gegründeten Staaten. Der Machtkampf zwischen dem reformwilligen Präsidenten und einem Parlament, das um seine Pfründe bangt, lähmt die Regierungstätigkeit und stärkt die zentrifugalen Kräfte im Lande. Manche Beobachter fürchten, dass Russland seinerseits auseinanderfallen könnte, möglicherweise blutig auseinanderfallen könnte. Militärische Konflikte unter den Nachfolgestaaten der UdSSR sind denkbar, wenn auch die schrecklichen Erinnerungen des Bürgerkrieges hier vorerhand glücklicherweise noch sehr grosse Hemmschwellen bilden.

Es muss nicht so kommen. Es kann aber so kommen.

Aber auch im Mittel- und Osteuropa sind die jungen Demokratien

Heereskunde

Die Versorgungstruppen

Wer den Begriff Versorgungstruppen hört, denkt unwillkürlich an Kühe schlachtende Soldaten, an Treibstoffkanister abfüllende oder Munition umschlagende Angehörige der Armee oder aber an die in den letzten, selber miterlebten Manövern mit Heiss-hunger verzehrten Mahlzeiten, oder man denkt an Fourier und Küchenchef der eigenen Kompanie. All diese Gedanken sind richtig, denn im Militär unterscheiden wir genau gleich wie im Zivilleben zwischen Produzenten und Konsumenten oder anders ausgedrückt: zwischen Versorgern – der Basis – einerseits und Verbraucher – der Truppe – andererseits.

Bei der Basis werden aus Verpflegungs-, Betriebsstoff-, Munitions- und Materialkompanien Versorgungsbataillone formiert. Zwei bis drei Bataillone bilden zusammen mit der notwendigen Infrastruktur in der Stabskompanie des Regiments, einer weiteren Verpflegungskompanie und ein bis vier Feldposten ein Versorgungsregiment.

Jedes Versorgungsbataillon richtet zwei verschiedene Basisversorgungsplätze ein und hält dort für die Abgabe an die zu versorgenden Truppen alle Güter von der Verpflegung über Munition, Betriebsstoff und Material bis zur täglichen Post bereit, die die Truppe zum Kämpfen und Leben benötigen. Diese Basisversorgungsplätze können ihrem Wesen, aber nicht der baulichen Struktur nach mit riesigen zivilen Einkaufszentren verglichen werden, wobei die Truppe im Gegensatz zum zivilen Kunden die Ware nicht bezahlt, sondern bargeldlos gegen Abgabe von Gutscheinen bezieht.

Das Oberkriegskommissariat ist für die Ausbildung und Organisation der Versorgungstruppen und des Munitionsdienstes sowie deren Organe in den Stäben und Einheiten der Armee zuständig, während diese Aufgaben für die Materialtruppen von der Kriegsmaterialverwaltung und für die Feldposten von der Feldpostdirektion wahrgenommen werden.

(Quelle:
«Die Schweizer Armee heute»
von L. F. Carrel)

noch alles andere als bereits gefestigt. Ich verweise auf das tragische Auseinanderbrechen der CSSR. Diese jungen Demokratien haben eine gute Chance. Wer Budapest, Prag und Warschau besucht, der sieht den Wandel sofort. Hier ist noch unternehmerisches Denken vorhanden. Man ist bereit, die Ärmel zurückzukrempeln und die Zukunft zu gestalten. Aber: Verläuft die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR unglücklich, werden diese Staaten von Flüchtlingswellen überschwemmt, so würde sich ihre Situation radikal

und sofort ändern. Diese Staaten benötigen dringend unsere Hilfe.

Gelingt der friedliche Wandel in Mittel- und Osteuropa nicht, so könnten wir jede Hoffnung auf eine stabile und friedliche Ordnung in Europa begraben.

Damit ist auch bereits die Konsequenz für unsere Sicherheitspolitik angesprochen. Wir müssen hier schnell, effizient und zielgerichtet helfen. Der Bundesrat und das Parlament haben genau aus diesem Grund nicht weniger als drei Hilfspakete im Gesamtvolumen von 1,65 Milliarden Franken zugunsten

des ehemaligen Ostens gesprochen. Rund 400 Einzelprojekte wurden im Rahmen dieser Kredite bereits verwirklicht oder in Angriff genommen. Die Aufgabe wird uns auf lange Jahre hinaus weiter beschäftigen.

Das EMD und die Armee haben ihrerseits ebenfalls und schnell auf die Lageentwicklung reagiert. Wir bilden im Rahmen des Ausbildungsprogrammes des EMD für sicherheitspolitische Experten, Fachleute aus nicht weniger als sieben Staaten des ehemaligen Ostens aus. Wir unterstützen mit einem speziellen Hilfsprogramm den Aufbau ziviler sicherheitspolitischer Expertise in diesen Ländern. Wir haben die Kontakte mit den Staaten des ehemaligen Ostens stark ausgebaut und versuchen in zahlreichen Bereichen zu helfen – von der Sprachausbildung bis hin zur Vermittlung von Kenntnissen darüber, wie wir die zahlreichen Probleme anpacken, die sich nun plötzlich den Armeen dieser Länder stellen. Auch diese Aufgabe wird uns auf lange Jahre hinaus beschäftigen.

Neue Dimensionen der Sicherheitspolitik

Die vierte grosse sicherheitspolitische Herausforderung, die mich beschäftigt, sind die neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik. Gemeint sind die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen grosser Reichweite, die Migration, der Drogenhandel und das organisierte internationale Verbrechen, der Terrorismus und Staatsterrorismus, sowie religiöse Fundamentalismus. Keine dieser Herausforderungen ist in sich wirklich neu. Kreuzzüge gab es schon im Mittelalter. Verbrecher und Drogenhandel hat es stets gegeben. Neu ist hingegen zweierlei: Erstens fliessen diese

Problemkreise heute ineinander über. Zweitens erhalten alle diese Probleme angesichts des Zusammenbruchs der ehemaligen UdSSR eine völlig neue Dimension.

Das Machtvakuum in Teilen des ehemaligen Ostens muss durch ein konkretes Beispiel verdeutlicht werden, damit man wirklich erkennt, um was es hier geht. Die neuen Nachfolgestaaten der UdSSR haben sehr oft nicht einmal offizielle Grenzposten und Grenzwächter. Was es an staatlichen Organen gibt, ist leider nicht immer über die Versuchung der Korruption erhaben. Konkret bedeutet dies, dass dieser Raum für Drogenbarone ein eigentliches Paradies darstellt. Wir sehen uns heute völlig neuen Herausforderungen auf diesem Gebiet gegenüber.

Der Westen blickte, dies ist ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, im Kalten Krieg gebannt nach Osten. Er übersah dabei, dass es auch einen Südosten gab. Er darf keinesfalls heute übersehen, dass es auch einen Süden gibt. Im nördlichen Afrika erleben wir heute eine zweifache Entwicklung: Zum einen eine eigentliche Bevölkerungsexplosion, zum anderen das stille Vordringen des Fundamentalismus. Kombinieren Sie die wirtschaftliche Not mit Fundamentalismus, Proliferation und Migration, so sehen Sie sofort, dass hier eine potentielle Bombe tickt. Hochrechnungen ergeben, dass zum Beispiel Frankreich – würde der Trend der letzten Jahre nicht gebrochen – im Jahre 2035 den Islam als wichtigste Religionsgruppe sehen würde.

Was bedeutet dies für unsere Sicherheitspolitik?

Eine Feststellung drängt sich auf: Keines dieser Probleme macht an

Landesgrenzen halt – auch an neutralen Landesgrenzen nicht. Vielmehr können alle diese neuen Probleme nur durch engste Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und mit Europa angepackt werden. Genau in dieser Richtung zielt denn auch die Politik des Bundesrates. Ich erwähne nur ein Beispiel: Die Bemühungen des EJPD um eine verbesserte Zusammenarbeit der Polizeikräfte in Europa.

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch bewusst sein, dass diese neuen Probleme von uns auch eines Tages ganz neue Antworten verlangen könnten. Herr Bundesrat Villiger hat verschiedentlich laut darüber nachgedacht, ob die Schweiz nicht eines Tages ein Interesse hätte, an einer gesamt-europäischen Anstrengung im Bereich der Raketenabwehr mitzumachen. Ein solches Szenario könnte eines Tages durchaus zur Realität werden.

Umweltkatastrophen

Die fünfte und letzte sicherheitspolitische Herausforderung, die ich ansprechen will, sind die Gefährdungen durch grenzüberschreitende Umweltkatastrophen. Ich habe bereits von den in ehemals sowjetischen Raketensilos tickenden und auf Eisenbahnwagen rostenden Zeitbomben gesprochen. Es gilt das Bild durch Schrottreaktoren à la Tschernobyl zu ergänzen, die jederzeit hochgehen können – wobei dann recht unwesentlich ist, ob sie dies spontan tun oder weil in sie Bürgerkriegsgranaten einschlagen.

Wir können auch hier das Problem nicht aus der Welt schaffen. Wir müssen aber einen Beitrag leisten. Die Erhöhung der nuklearen Sicherheit ist keineswegs zufälligerweise einer der Schwerpunktbereiche unserer Hilfe an die GUS. Wir müssen darüber hinaus aber auch

weiterhin armeeseitig Mittel zur Verfügung haben, die zivilen Dienste unseres Landes zu unterstützen, sobald dies nötig wird. Geht ein Reaktor in Mitteleuropa in die Luft, wie dies Tschernobyl tat, so können wir mit den Folgen hier bei uns kaum auf der Stufe Feuerwehr fertig werden.

Schlussfolgerungen

Wichtig erscheint mir, abschliessend nüchtern festzustellen, dass sich unser strategisches und internationales Umfeld in einer Periode tiefgreifenden Wandels befindet, der noch Jahre andauern wird. Wir sehen uns mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Unsere Nachbarn – Europa – sind in genau der gleichen Lage. Wir stellen hier keineswegs einen «Sonderfall» dar. Wir können, wir müssen und wir werden diese Probleme und Herausforderungen pragmatisch, flexi-

Sorgen der Bundeswehr

-r. Was meinen verschiedene Persönlichkeiten zur «Bundeswehr» in den nächsten Jahren? «Der Fourier» hat verschiedene Meinungen zusammengetragen, die in der nächsten Ausgabe in der Rubrik «Zur strategischen Lage» veröffentlicht werden.

bel und ruhig anpacken. Ein solches Vorgehen entspricht dem Wesen unserer Bevölkerung und unseres Landes.

Wir legen im sicherheitspolitischen Bereich, ich hoffe, Ihnen dies dargelegt zu haben, die Hände keineswegs in den Schoss. Vielmehr verfolgen wir die internationale Entwicklung sehr genau und definieren dann, im Rahmen unserer realistischen Möglichkeiten, zielgerichtet unsere Antworten

und unsere Beiträge zur Lösung der sich stellenden Probleme. Wir versuchen, pragmatisch nützliche Dinge zu tun. Das ist die einzige Einstellung, die es uns gestatten wird, die drängenden Fragen Schritt für Schritt zu beantworten.

Wesentliches Element in dieser Aufgabe ist und bleibt die Armee und unser System der Gesamtverteidigung. Die defensive Komponente unserer Landesverteidigung, die Armee hat in nichts an Bedeutung verloren. Vielmehr kommt auf sie eine ganze Reihe neuer und komplexer Aufgaben zu. Sie ist diesen Aufgaben gewachsen. Die dynamische Komponente unserer Sicherheitspolitik gewinnt gleichzeitig an Bedeutung – nicht auf Kosten der defensiven Komponente, sondern als unabdingbare Ergänzung zu ihr. Die dynamische Komponente ist zur ersten Verteidigungslinie geworden.

Kalamität

Jean-Rodolphe Christen hätte den Kaktus verdient wenn er, wie die «Schweizer Illustrierte» (SI) forderte, bewusste Windfahnenpolitik betreiben würde – **wie ein Teil** der Ringier-Presse. Es ist kaum anzunehmen, dass Chefredaktor Peter Rothenbühler und sein Team bereits die Abstimmung vom 6. Juni vergessen haben! Nur ein Nagel in irgendeiner Kasernenwand hätte genügt – und schon wären Vertreter von «SI» und «Schweizer Woche» an Ort und Stelle gewesen. Die Volksmeinung sei von der Armee noch vor der Abstimmung getreten worden... Den Kaktus verdienten eigentlich vielmehr Chefredaktoren, die bunte Schauen vorziehen. Einen A. Gros (zum Schein) lässt man einen Militärwagen «schieben», oder befriedigt sich mit Kommentargerüssen und eines Rechenschiebers über den F/A-18 (Chefredaktor Hans Ott). Die Idee für eine spezielle Rubrik in der «SI» für «rosen-» und «kaktusgeplagte» Ringier-Journalisten:

Eine zukunftssträchtige Rubrik «Kalamität»!

Meinrad A. Schuler

Kaktus

Jean-Rodolphe Christen,
Ausbildungschef der Armee



In der Luft macht die Schweizer Armee mit dem F/A-18 auf High-Tech. Am Boden dagegen herrschen Zustände wie vor dem Ersten Weltkrieg. Muffige Duschräume, überfüllte Schlafsäle und heruntergewirtschaftete Küchen machen den Rekruten das Leben unnötig schwer. In einem Test des schweizerischen «Beobachters» erhielten acht von 35 Kasernen absolut ungenügende

Noten. 24 Rekruten-Unterkünfte lagen im Mittelfeld, und nur gerade drei bekamen die Bestnote. Im EMD weiss man schon lange um die unwürdigen Zustände, aber erst dieses Jahr will man Abhilfe schaffen. Auch Ausbildungschef Christen ist schon eine Weile im Amt und hätte viel früher Druck machen können – er hätte sich diesen Kaktus erspart!